GENDER OPEN REPOSITORIUM

Angriff auf die Demokratie. Die Macht des Autoritären und die Gefährdung demokratischer Geschlechterverhältnisse. Eine Einleitung

Wilde, Gabriele; Meyer, Birgit

2018

https://doi.org/10.25595/3590

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilde, Gabriele; Meyer, Birgit: *Angriff auf die Demokratie. Die Macht des Autoritären und die Gefährdung demokratischer Geschlechterverhältnisse. Eine Einleitung*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 27 (2018) Nr: 1, 9–21. DOI: https://doi.org/10.25595/3590.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i2.16

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Angriff auf die Demokratie

Die Macht des Autoritären und die Gefährdung demokratischer Geschlechterverhältnisse. Eine Einleitung

GABRIELE WILDE. BIRGIT MEYER

Autoritäre Politiken in Gestalt von Rechtspopulismus und -extremismus etablieren sich zunehmend als eine weltweite Regierungsform und weitreichende Regierungsrationalität, und sie fordern moderne Demokratien verstärkt heraus. Politiken der Ausgrenzung und Menschenverachtung sind die Konsequenzen einer erfolgreichen Mobilisierung an den Rändern der und gegen die Demokratie. Die Attacken auf die scheinbar uneingelösten Gleichheitsversprechen moderner Demokratien werden zum Vehikel eines sexistisch und rassistisch unterlegten exkludierenden Politikmodells. Das autoritäre Streben nach der Zerstörung von Pluralität, Differenz und Vielfalt in den Gesellschaften attackiert nicht nur die Ordnungen und Verhältnisse in den als etabliert geltenden Demokratien, sondern bringt auch die mitunter mühsam errichteten demokratischen Institutionen in den Transformationsstaaten zum Wanken. Auch die Vision von der Europäischen Union als einem demokratischen Projekt wird seit dem Brexit-Votum in Misskredit gebracht und in zähen Verhandlungskämpfen gegen nationalistische protektionistische Bestrebungen und Desintegration zerrieben. Nicht zuletzt stellt die US-Präsidentschaft von Donald Trump eine besonders bedrohliche Entwicklung dar; dazu gehört die Abschiebung von MigrantInnen, die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, die Desavouierung des Justizapparates sowie der Abbau rechtsstaatlicher Institutionen, die Ignoranz gegenüber Verfassungsgrundsätzen, das Spielen auf der Klaviatur der Misogynie und die nukleare Aufrüstung.
Auch wenn die Gefahren einer Verschärfung von Abtreibungs-, Asyl- und Einwanderungsgesetzen und eines generellen Abbaus rechtsstaatlicher Prinzipien für moderne Demokratien auf der Hand liegen, sind die Gefährdungen für globale demokratische Verhältnisse und die politische Stabilität westlicher Gesellschaften nur schwer absehbar und stellen Politik wie auch Politikwissenschaft vor neue Herausforderungen. Dies gilt insbesondere für gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse, die von einer Politik, für die universalistische Werte nicht länger als Quelle für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gelten, sondern als Instrumente für Diskriminierung, Ausgrenzung, Misstrauen und Verachtung umgedeutet werden (Rancière 2015, 42), besonders betroffen sind.

https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.02

Während demokratische Politik und Wissenschaft standhaft – und freilich aus gutem Grund – politische Normen wie Minderheitenschutz, Chancengleichheit und das Recht auf Asyl als institutionalisierte Errungenschaften weiterhin verteidigen, gerät der wissenschaftliche Blick zu selten in die Gesellschaft (Ausnahmen u.a. Zick/Küpper/Krause 2016) und noch seltener auf demokratische Geschlechterverhältnisse (Ausnahmen u.a. Norocel 2010; Mudde/Kaltwasser 2015). Bis heute wird kaum systematisch analysiert, in welchem Ausmaß Frauen betroffen und involviert sind, welche Funktionen sie in den rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen übernehmen und welchen Einfluss diese Entwicklungen auf die Konstruktion von Geschlechterrollen und geschlechtlichen Machtverhältnissen haben.
Mit dem vorliegenden Schwerpunkt wollen wir dieses Forschungsdesiderat aufgreifen und nach der Bedeutung von Gender im Rahmen rechtspopulistischer und autoritärer Bewegungen und Parteien fragen sowie danach, inwiefern autoritäre Politik demokratische Geschlechterverhältnisse attackiert und verändert und insofern einen fundamentalen Angriff auf die Demokratie darstellt.

Rechtspopulismusforschung an den Rändern der Gesellschaft

Rechtspopulistische Entwicklungen sind in den verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgeprägt und werden notwendigerweise auch aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert. Dennoch überwiegen Untersuchungen, die den Fokus auf Parteien, ihre Programmatiken und ihre Wahlerfolge richten, verbunden mit Fragen, wie sich rechtspopulistische Parteien bei Wahlen vor, während und nach ihren Amtszeiten durchsetzen, inwieweit diese Parteien ihre wichtigsten Wahlversprechen in der Regierung erfüllen und wie die Regierungserfahrung von ParteivertreterInnen und Mitgliedern eingeschätzt wird (z.B. Langenbacher/Schellenberg 2011; Sir Peter Ustinov Institut 2012; Bischoff et al 2015; Decker/Henningsen/Jakobsen 2015; Hillebrand 2015; Albertazzi/McDonnell 2016).
Mit einem besonderen Erkenntnisinteresse darauf, wie rechtspopulistische Parteien an die Macht gelangen, Macht ausüben und inwiefern sie demokratischem Regierungshandeln entsprechen, wurden bislang für südliche europäische Mitgliedstaaten insbesondere die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – etwa des Front National – in den Blick genommen und vor dem Hintergrund ökonomischer Krisen und einer zunehmenden Migration erklärt (Mayer 2015; Eribon 2016a, 2016b; Meyer 2018). Auch bezogen auf das Aufkommen rechtspopulistischer Parteien in den nordeuropäischen Mitgliedstaaten richtete sich der Fokus verstärkt auf die Ursachen für die Wahlerfolge etwa der Dänischen Volkspartei, den Schwedendemokraten oder der Fortschrittspartei in Norwegen (vgl. z. B. Alm 2013).
Die Frage, wie das Autoritäre die Gesellschaft ihrer demokratischen Grundlagen beraubt, ist von einer vorwiegend staats- und institutionenzentrierten Perspektive der Rechtspopulismus- und Autoritarismusforschung bislang nur eingeschränkt zur Kenntnis genommen worden. Vielmehr hält der politische und politikwissenschaft-

liche Mainstream eisern an den Errungenschaften moderner Demokratiemodelle als Bollwerk gegen rechtspopulistische Entwicklungen fest (Müller 2016a) und reflektiert diese allenfalls als „Totengräber" (Hartleb 2012), als mögliches (ebd.) oder gar „nützliches Korrektiv" (Priester 2016, 218). In dieser Sicht „erfüllen die Populisten eine für die Demokratie potenziell nützliche Funktion" (Decker 2018, 140).
Aus dieser Perspektive findet Gesellschaft lediglich als öffentlicher Raum im Habermas'schen Sinn Berücksichtigung. Hier erscheint das Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen, Parteien und BürgerInnen, die einer gewissen „innere(n) strukturelle(n) Logik" (Müller 2016a, 71) folgend ihren Unmut über die politischen Eliten und ihre Verunsicherungen infolge prekärer Lebenssituationen „lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten" (Habermas 2001, 357), allenfalls als Ärgernis. Keinesfalls jedoch wird es als ein ernstzunehmendes Phänomen wahrgenommen, das die institutionellen Errungenschaften liberaler Demokratien gefährdet (Boris 2016) und dem durch entsprechende Reformen begegnet werden könnte – etwa durch „eine Stärkung des Verfassungspatriotismus im Sinne einer Grundrechtsorientierung" oder der „politischen Bildung" (Zick 2016, 213f.). Auch das Plädoyer für eine „demokratische Polarisierung" (Habermas 2016, 35) mittels scharfer Abgrenzung vom „ethnonationalen Mief der rechten Globalisierungskritik" oder gar eine „Dethematisierung des Rechtspopulismus" (ebd., 38) vermögen nicht, die Etablierung neu-rechter, menschenverachtender und Grundrechte erschütternder Diskurse und Politiken zu erklären oder deren Gefährdungspotenzial auch nur annähernd einzuschätzen.

Autoritärer Populismus und die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfte

Ganz anders wird das in poststrukturalistischen Ansätzen diskutiert (Mouffe 2000, 2014; Rancière 2002, 2015; Butler/Laclau/Žižek 2013), die gegenwärtig eine ernstzunehmende Alternative im politikwissenschaftlichen Diskurs ausmachen. Ausgangspunkt bildet ein Verständnis des Politischen, das in einer grundsätzlich differenten, antagonistischen Beschaffenheit der Gesellschaft angelegt ist und sich erst in einem zweiten Schritt in Folge von Deutungskämpfen – wie Antonio Gramsci (1991) ausführte – als institutionelle Politik manifestiert. In dieser Hinsicht kommt der Gesellschaft als einer Formation kontingenter Macht- und Ungleichheitsverhältnisse (Foucault 2001) schon immer eine vorrangige Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere im Kontext aktueller Entwicklungen, in denen sich in unterschiedlichen Diskursen und Praxen eine neue Form des Autoritären abzeichnet, die auch für eine begriffliche Aushöhlung demokratischer Verhältnisse sorgt und damit Machtkonstellationen neu in die Gesellschaften einschreibt (Lams/Crauwels/Serban 2014). In Anlehnung an Stuart Halls Konzept des „autoritären Populismus" (Hall 2014) geht es dabei um eine Analyse der „Verschiebung im Gleichgewicht gesellschaftlicher und politischer Kräfte" (ebd., 122). Bestimmte gesellschaftlich-politische Kräfte formieren sich als hegemonial vor dem Hintergrund ungleicher Partizipationschancen, sozialer und ökonomischer Ungleichheitslagen sowie hierarchischer Machtverhältnisse.

Das Autoritäre in der feministischen Forschung: Re-Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse und Machtdispositiv

Mit dieser Umdeutung des Politischen ist ein solch genuin gesellschaftstheoretischer Ansatz auch für eine feministisch-kritische Autokratieforschung von zentraler Bedeutung. Allein schon mit ihrem zentralen Untersuchungsgegenstand der Geschlechterverhältnisse richtet die feministische Forschung den Blick generell in und auf die Gesellschaft, verbunden mit der Vorstellung von demokratischen Verhältnissen, die es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglichen sollen, zu partizipieren, um Definitions- und Handlungsmacht zu erlangen.
Vor diesem Hintergrund wird in autoritären Settings die Gesellschaft zu einem Raum, in welchem Vorstellungen von Geschlechtergerechtigkeit, pluralen Geschlechteridentitäten und gleichwertigen Lebenschancen aller Gesellschaftsmitglieder abhandengekommen sind. Der Raum für Handeln und Urteilskraft, Solidaritäten und Verantwortlichkeiten wird nicht nur aufgegeben, sondern durch systematische Diskriminierung und Bedrohungsszenarien mittels demagogischer und aggressiver Rhetorik zunehmend verschlossen. Hier geht es um die autoritären Verengungen des Politischen, aus dem alternative, die vermeintliche ‚Stabilität' bedrohende Rollenbilder und Praxen ausgegrenzt werden.
Die Folge ist nicht nur eine tiefgreifende Spaltung zwischen legitimen und illegitimen Formen geschlechtlicher Identitäten, Lebensentwürfen und Handlungspraxen. Vielmehr geht es um die Konstruktion einer geschlossenen Gesellschaft, in der demokratische Geschlechterverhältnisse, die Pluralität geschlechtlicher Identitäten und die Vielfalt von BürgerInnen als Leitbilder nicht mehr vorkommen. Ein namens- und gesichtsloses Volk wird zur politischen Vision einer geschlossenen Entität.
Doch ist mit dieser Zuschreibung mehr gemeint als das plakative Verständnis vom „Volk gegen die politische Elite" (Müller 2016b, 187), wie es die Mainstreamforschung behauptet und mit dem Begriff des Rechtspopulismus als ein „politischer Stil" (Moffitt 2016, 43ff.) oder als „dünne Ideologie" (Mudde 2007, 23) verharmlost. Denn die geschlossene Gesellschaft als Machtordnung löst sich – und dies haben poststrukturalistische Ansätze aufgezeigt – nicht auf, sondern ist und bleibt eine machtvolle Ordnung, in der hierarchische Geschlechterverhältnisse anders eingeschrieben und neu angeordnet sind.
Vor diesem Hintergrund lassen sich derzeit zwei unterschiedliche Diskursstränge unterscheiden, die sich teilweise verschränken. Zum einen der Diskurs, der den Rechtspopulismus als Folge von Neoliberalismus und Globalisierung betrachtet sowie als Korrektiv bzw. als Versuch einer Repolitisierung der Gesellschaft. Ausgehend davon wird im „Anti-Genderismus" (Hark/Villa 2015) ein rechtspopulistisches Argument erkannt, das als ‚Schmiermittel' dient, um über vermeintlich natürliche Geschlechtervorstellungen den Rückgriff auf völkische, nationale Werte zu plausibilisieren (Lang 2015). Zum anderen der Diskurs, der Gender und die Neuordnung geschlechtlicher Machtverhältnisse als *konstitutiv* für die Wirksamkeit und

Legitimation rechtspopulistischer und autoritärer Politiken betrachtet. In diesem Verständnis gilt Rechtspopulismus als „genuin vergeschlechtlicht", „als eine politische Konstellation", die tief in gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse hineinreicht und auch von dort erklärt werden muss (Sauer 2017, 4).

Anti-Genderismus als rechtspopulistisches Argument

Im ersten Diskurs wird aus unterschiedlichen Perspektiven primär nach den hierin wirkenden Institutionen und AkteurInnen, ihren herrschaftssichernden und ideologischen Strategien und den daraus resultierenden wandelnden Haltungen und Praxen gefragt. Demnach greifen die nach Hegemonie strebenden rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf und bereichern sie mit anti-genderistischen Aussagen, um einige strategische Elemente der „Volksmeinung" in das eigene hegemoniale Projekt einzuspannen (Hall 2014, 124).
Mit der Mobilisierung gegen Gender und die angeblich zersetzenden Politiken des Gender Mainstreaming, die auf eine Abschaffung sexueller Identitäten und ‚natürlicher' Rollenvorgaben zielen würden, kann der ehemals antifeministische Diskurs abgelöst werden (Maihofer/Schutzbach 2015). Dies weil Forderungen des Feminismus nach Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Rahmen des gegebenen Geschlechterverhältnisses unstrittig seien. Diese Doppelstrategie des sich instrumentell auf den Feminismus berufenen Rechtspopulismus, der sich im Rahmen einer weißen heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft für die Gleichberechtigung von Frauen (gegen zugewanderte muslimische Männer) einsetzt, wird besonders in Frankreich instrumentell genutzt (Meyer 2018), um mit Anti-Genderismus jeglicher Form der Destabilisierung „patriarchaler Autorität" (McRobbie 2010, 99) entgegen zu treten. Dabei wird ein instrumentelles Verständnis von Feminismus als Gleichstellungspolitik benutzt, um gegen die radikalen Forderungen von Gender Studies sowie Gender Mainstreaming zu mobilisieren.
Im Kontext dieser Grundannahmen lassen sich Arbeiten einordnen, die sich aus einer auch vergleichenden feministisch-kritischen Perspektive mit dem Wahlverhalten von Frauen und Männern, den Einstellungen – insbesondere von Frauen und Mädchenzielen zu rechten Parteien und dem Führungspersonal befassen (Coffé 2013; Rydgen 2013; Immerzeel/Coffé/Lippe 2015; Mayer 2015). Ein weiterer Strang untersucht den Zusammenhang von Anti-Genderbewegungen und der Etablierung rechtspopulistischer und extremistischer Parteien in ausgewählten Ländern in vergleichender Perspektive (Kováts/Põim 2015). Schließlich werden die Veränderungen im Bereich der Asyl-, Migrations-, Gleichstellungs- und Familienpolitiken (Akkermann 2015) untersucht, verbunden mit der Frage, inwieweit die Regelungen und Maßnahmen Leitbilder von Frauen und Männern formulieren, die demokratischen Gleichstellungsforderungen widersprechen und auf eine Re-Traditionalisierung von Geschlechterverhältnissen schließen lassen (Köttig/Bitzan/Petö 2017).

Das Autoritäre als hegemoniales geschlechtliches Machtdispositiv

Im Rahmen des zweiten Diskursstranges wird das Autoritäre als hegemoniales geschlechtliches Machtdispositiv konzipiert (vgl. Schneider/Wilde 2012; Graf/Schneider/Wilde 2017; Wilde/Zimmer/Obuch/Panreck 2018). Der Bezug auf Gender zeigt sich nicht nur als eine Legitimierungsstrategie, um demokratische Politik zu desavouieren; vielmehr wird das Autoritäre als eine Form der Entpolitisierung, Erosion und Ablehnung von Gesellschaft als Basis demokratischer Geschlechterverhältnisse generell untersucht.

Im Rückgriff auf zentrale Ansätze der politischen Theorie lassen sich im Rahmen eines feministischen Analyserasters (Wilde 2012, 2018) vier zentrale gesellschaftliche Bereiche in den Blick rücken, in denen sich die Konstituierung autoritärer Diskurse vollzieht und sich die politische Festschreibung der gesellschaftlichen (Geschlechter-)Verhältnisse als Machtstrukturen quantitativ wie qualitativ analysieren lässt. Diese vier Bereiche – organisierte Zivilgesellschaft, politische Öffentlichkeit, familiale Privatheit und hegemoniale Diskurse –, die das Autoritäre als geschlechtliche Machtformation fassbar machen sollen, werden im Folgenden genauer ausgeleuchtet.

Wurde die Bedeutung, die Alexis de Tocqueville (1985) der Zivilgesellschaft für demokratische Verhältnisse gab, und die seinerzeit auch als „revolutionär" verstanden werden konnte, schon immer ein wenig belächelt, wird sie in gegenwärtigen Zeiten politisch zunehmend umgedeutet. Die organisierte Zivilgesellschaft, die in Form von Assoziationen, Vereinen, Parteien und Bewegungen die Idee der „Demokratie als eine Lebensform" (ebd., 217) aufrechterhalten und ein wirksames Gegengewicht zur Konzentration politischer Macht sein soll, mutet kaum mehr hoffnungsvoll an. Viel eher trifft Gramsci (1991) den Kern, indem er der Zivilgesellschaft für die Persistenz und Einschreibung von Machtverhältnissen eine wesentliche Bedeutung zuschreibt. In diesem Verständnis wird die Zivilgesellschaft unter autoritären Bedingungen für die Politik wieder durchaus hoffähig, wenn auch freilich mit einer anderen Ausrichtung. Dient sie in einem republikanisch-demokratischen Verständnis vor allem der aktiven Partizipation und dem politischen Handeln von BürgerInnen, wirken zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien und Bewegungen unter autoritären Bedingungen vor allem Status-quo stabilisierend. Wie ein Transmissionsriemen mobilisieren sie nicht die BürgerInnen, sondern ‚das Volk' und die Nation; sie artikulieren nur noch eingeschränkt gruppenspezifische Interessenslagen, stattdessen repräsentieren sie nationale Einheitsideen auf der Grundlage traditioneller Werte; in der Ausprägung als identitäre Bewegungen partizipieren sie nicht, indem sie aktiv politisch handeln, sondern protestieren gegen demokratisch legitimierte Politik, anstatt für sie einzutreten. In den nationalen, identitären, völkischen und euroskeptischen Diskursen entfaltet sich zunehmend „Wut, Verachtung und Abwertung" (Zick/Küpper 2015) gegen alles, was demokratische Politik im Hinblick auf Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs-, politische Teilhabe- und soziale Rechte erreicht hat. Dabei kommt mit der Abwehr besonders gegen Geschlechtergerechtig-

keit, Genderprofessuren und Gender Mainstreaming auch der Frust über die eigene prekäre soziale Situation und Ungleichheitsverhältnisse zum Ausdruck.
Auch mit dem zweiten zentralen Bereich der Öffentlichkeit, die für die Formierung machtvoller Verhältnisse eine zwingende Rolle spielt, lässt sich aufzeigen, worin der Angriff auf demokratische Geschlechterverhältnisse tatsächlich besteht. Hannah Arendt (1991, 1994) war es vor allem, die die Spannbreite zwischen der pluralen Öffentlichkeit als grundlegend für demokratische Verhältnisse und der Zerstörung dieser Pluralität in Folge totalitärer und autoritärer Politik vermessen hat. So findet in ihrer Lesart unter autokratischer Herrschaft die Begrenzung eines politisch-öffentlichen agonalen Raums statt, in der es nicht mehr um die Repräsentanz und plurale Handlungsfreiheit verschiedener, gleichwertiger BürgerInnen geht, auch nicht mehr um die Thematisierung gleicher Rechte für Minderheiten und Zugewanderte und schon gar nicht um Integration. Stattdessen gleitet die Öffentlichkeit unter der Ägide autoritärer Politik mehr und mehr ab in die Restauration eines geschlossenen Raumes, in welchem die Chancen, hegemoniale Auffassungen in öffentlichen Diskursen aktiv zu dekonstruieren und mit pluralen Auffassungen und differenten Forderungen zu ergänzen, zunehmend und repressiv zurückgedrängt werden. Gleichzeitig treiben homophobe, identitäre und protektionistische Denkmuster verstärkt die Zerstörung dessen voran, was Arendt (1991, 42) als „Recht, Rechte zu haben" einforderte: das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft, in welcher das öffentliche Erscheinen und Zueinander-in-Beziehung-Treten von unterschiedlichen Identitäten den Gebrauch von Rechten garantiert, um den politischen Handlungsraum für vielfältige kulturelle, öffentliche und zivilgesellschaftliche Praxen zu erweitern. Diesem Arendt'schen demokratischen Prinzip der Offenheit und des „Gemeinsamen" (Arendt 1994, 56) steht zunehmend das autoritäre Prinzip der Geschlossenheit gegenüber, anhand dessen mittels Verunsicherungsdiskursen und Bedrohungsszenarien die öffentliche Angst geschürt und damit die Bereitschaft und Zustimmung für eine geschlossene, von Fremden und ‚Anderen' nicht bevölkerten Gesellschaft gesichert wird.
Dabei aber geht es keinesfalls um eine nur plumpe Verteidigung der beanspruchten politischen Macht. Vielmehr verschränken sich auf den – für die Konstitution wie auch Zerstörung einer pluralen Öffentlichkeit essenziellen – Ebenen der Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft unterschiedliche – sicherheitspolitische, sexistische und fremdenfeindliche – Diskurse, um verschärfte Migrations-, Sicherheits- und Abschottungspolitiken mit dem angeblichen Schutz liberaler, emanzipativer Errungenschaften wie etwa Gleichberechtigung und Geschlechtergleichstellung unter Autochthonen zu legitimieren. Doch handelt es sich bei der Verschränkung sexistischer und rassistischer Diskurse um mehr als nur um die Re-Traditionalisierung gesellschaftlicher Ordnungen oder um die Verschleierung eigentlicher Motive der Fremdenfeindlichkeit. Vielmehr bilden Sexismus und Rassismus eine konstitutive Allianz und werden in der Verschränkung als „Ethnosexismus" (Dietze 2016, 178) zum Wesensmerkmal autoritärer Politik.

Noch lauter schrillen die Alarmglocken angesichts der aktuellen Wiederaufwertung von Familie und Mutterschaft – ein dritter Bereich, der vor allem aus feministischer Perspektive, etwa bei Carole Pateman (1988), für die politische Organisation gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse und deren Festschreibung als Macht- und Herrschaftsverhältnisse von zentraler Bedeutung ist. Die Re-Traditionalisierung in Form autoritärer Identitätsangebote, Familienleitbilder und dichotomer Geschlechterrollen in rechtlichen Regelungen, Parteiprogrammen und anhand öffentlicher Diskurse schränkt die Geltung staatsbürgerlicher Rechte sowie die politische Handlungsfreiheit von Frauen ein. Die Anrufung der traditionellen Familie mit Vater, Mutter und (mindestens drei) Kindern ist nicht nur harmlos ‚vormodern', sondern Ausdruck einer autoritär verfügten und rassistisch unterlegten Vorstellung von Geschlechterungleichheit. Entscheidend dabei sind die Legitimierungen, die Rechts- und Partizipationsansprüche mit heteronormativen und ethnischen Vorstellungen zu Familie, Ehe und Chancengleichheit koppeln und heterogene soziale Forderungen mit fremdenfeindlichen und sexistischen Ansprüchen zurückweisen (Graf/Schneider/Wilde 2017).

Dieser Eindruck verstärkt sich mit dem Aufkommen eines autoritären Politikstils, der sich einem Kampf gegen FeindInnen, Fremde und als different diffamierten Identitäten und Subjektpositionen verschrieben hat. In dieser Hinsicht adressieren autoritäre Diskurse die Gesellschaft mit einheitlichen, antipluralistischen, restriktiven und heteronormativen Prinzipien, ohne bestehende Macht- und Ungleichheitsverhältnisse auch nur im Ansatz zu berücksichtigen, geschweige denn, die daraus entstehenden Konflikte öffentlich zu thematisieren und diskursiv zu verarbeiten. Dass sich eine radikaldemokratische Politik aber gerade an einem grundlegenden, die Gesellschaft konstituierenden Antagonismus abarbeiten muss, statt – wie Carl Schmitt dies vertrat – ihn über das Ausmerzen alles Differenten und Verschiedenen zu bewältigen, hat Chantal Mouffe (2000, 2014) mit ihrem agonalen Politikmodell mehr als deutlich gemacht (Wilde 2014).

Stattdessen jedoch lässt sich aktuell im vierten zentralen Bereich für die Formierung demokratischer Verhältnisse eine Reduktion der ohnehin geringen institutionalisierten diskursiven Praxen feststellen. Unter zunehmend autoritären Bedingungen werden öffentliche Auseinandersetzungen und Konflikte nicht nur über Konsenspolitiken eingeschränkt. Vielmehr wird die Anerkennung politischer AkteurInnen als GegnerInnen, die sich vor dem Hintergrund ihrer ungleichen Machtpositionen bewegen und um politische Lösungen streiten, anhand von Identitäts- und Einheitsdiskursen geradezu verhindert.

Insgesamt erweist sich die Re-Inszenierung geschlechtlicher Subjekt- und Identitätskonstruktionen unter Zurückweisung ihrer Partikularität und Ausschluss ihrer differenziellen Grundlagen als eigentliches Wesensmerkmal des Autoritären (Graf/Schneider/Wilde 2017). Dabei ist der dezidierte Bezug auf Gender in allen vier Bereichen nicht zufällig und in seinen unterschiedlichen Dimensionen auch nicht paradox, wenn es darum geht, die Gesellschaft autoritär auf den Kopf zu stellen. Viel-

mehr folgt in dieser Auffassung der Fokus auf Frauen und gleichstellungspolitische Themen einer grundsätzlichen Logik, die nicht erst bei Genderprofessuren und ‚Genderwahn' beginnt und auch nicht bei Re-Traditionalisierung und der Verbindung von sexistischen und rassistischen Argumenten aufhört. Vielmehr gehört Gender konstitutiv zum Kanon und Wesensmerkmal des Autoritären als eine Machtformation, in dessen Rahmen die ‚natürliche' Geschlechterdifferenz und asymmetrische Geschlechterverhältnisse wesentliche und zentrale Ordnungs-, Legitimations-, und Sicherungsfunktionen übernehmen.

Zu den Beiträgen

Die beiden Diskursstränge – Anti-Genderismus als rechtspopulistisches Argument und das Autoritäre als hegemoniales geschlechtliches Machtdispositiv – unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Forschungsperspektiven, Annahmen und Argumente, sondern vor allem auch in der Frage, worauf sich der autoritäre Angriff auf demokratische Geschlechterverhältnisse primär richtet: Zielt er auf demokratische Gleichheit, Partizipations- und Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Minderheiten; oder erfolgt er durch Neuverhandlungen zur politischen Organisation der gesellschaftlichen Reproduktionssphäre und damit über die Einschreibung neuer Ungleichheitsverhältnisse? Oder aber besteht der Angriff tatsächlich in der Schließung und Neuformation einer pluralen Gesellschaft und damit in der Zerstörung der Grundlagen für demokratische Geschlechterverhältnisse? Die Beiträge dieses Schwerpunktes geben hierzu unterschiedliche Antworten.

Im Beitrag „Zum Politisierungsparadox. Warum der Rechtspopulismus nicht gegen Entpolitisierung und Ungleichheit hilft" diskutieren *Michel Dormal* und *Heike Mauer* die Frage, inwieweit der Rechtspopulismus nicht nur eine Antwort auf die Schwächen neoliberaler Politik ist, sondern auch ein Angriff auf die Demokratie. Ausgehend von der Kritik an der Korrektivthese wird gezeigt, dass und wie der Rechtspopulismus zwar eine Repolitisierung fordert, dabei jedoch Strategien der Entpolitisierung und der Einschreibung sozialer Ungleichheiten in die Gesellschaft verfolgt. Im Rückgriff auf die Konzepte der „reflexiven Politisierung" und der „relationalen Gleichheit" machen sie das Politisierungsparadox als Kern autoritärer Politik kenntlich. Mit Blick auf die Alternative für Deutschland (AfD), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Schweizer Volkspartei (SVP) illustrieren sie das Autoritäre als einen gezielten Angriff auf demokratische Gleichheit und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen, der vor allem in Form unterschiedlicher Strategien der Re-Naturalisierung gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse erfolgt.

Von Paradoxien, die dem Rechtspopulismus in seiner Gesamtheit anhaften, geht auch *Gabriele Dietze* in ihrem Beitrag „Rechtspopulismus und Geschlecht. Paradox und Leitmotiv" aus. Die weitverbreitete These von der Re-Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse stellt für sie keineswegs einen Widerspruch zur Existenz

selbst- und machtbewusster Parteiführerinnen dar; vielmehr erkennt sie darin auch einen strategischen Bestandteil eines spezifischen „Islam-Sexualitäts-Emanzipations-Nexus". Der Beitrag zeigt, wie sich programmatischer Gender-Konservatismus mit Islamophobie zu einem dynamischen Paradox verschränkt, das aus Dietzes Sicht den eigentlichen Kern einer Politik des Autoritären bildet.

Wie ökonomische, kulturelle und politische Konflikte grundlegend von einem autoritären Rechtspopulismus strategisch genutzt und durch Diskurse zu Rassismus und Islamfeindlichkeit sexualpolitisch begründet und legitimiert werden, verdeutlicht der Beitrag „Geschlecht als Natur und das Ende der Gleichheit. Rechte Angriffe auf Gender als Element autoritärer politischer Konzepte". Am Beispiel der Regierungspolitik der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) analysieren *Stefanie Mayer*, *Edma Ajanovic* und *Birgit Sauer* in ausgewählten Texten die Anti-Genderismus-Hegemonie in Sprache, Diskursen, Kampagnen und gesellschaftspolitischen Interventionen. Die Verbindung der Frames „gefährlicher Genderismus", „natürliches Geschlecht" und „sozialistischer Gleichheitswahn" mit antimuslimischen Diskursen zeigen sich als Bestandteil von Gender-Ideologien, die zu einer Re-Naturalisierung geschlechtlicher und sexueller Ungleichheiten aufrufen und damit eine Verschiebung in den geschlechtlichen Machtverhältnissen bewirken.

Inwieweit die autoritären diskursiven Praxen rechtspopulistischer AkteurInnen tatsächlich auf fruchtbaren Boden fallen und Wirkungen in der Bevölkerung entfalten, beschreibt *Beate Küpper* in ihrem Beitrag „Das Thema Gender im Rechtspopulismus – Empirische Befunde zur Anschlussfähigkeit bei Frauen und Männern". Dabei wird mit Bezug auf die zentralen Ergebnisse der repräsentativen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2016) von der Annahme ausgegangen, dass die Verschränkung der Diskreditierung von Gender und Gleichstellung einerseits mit der Erzeugung von Muslimen als Feindbildern andererseits zu einer Emotionalisierung der Debatten führt, die von rechtspopulistischen AkteurInnen bewusst strategisch genutzt wird, um autoritäre Einstellungen von BürgerInnen zu schüren. Ausgehend vom Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit besteht der Angriff auf die Demokratie demnach in der Ablehnung bzw. Infragestellung von Grundrechten, über die Minderheitspositionen geschützt werden.

Eine Gegenposition dazu vertritt *Eszter Kováts* mit ihrem Beitrag „Conservative Counter-Movements? Overcoming Culturalising Interpretations of Right-Wing Mobilizations Against ‚Gender Ideology'". Kováts befragt zwei hegemoniale Konsenspolitiken: den neoliberalen Konsens, der alternativlos eine Versöhnung von Logiken des Marktes mit Demokratie verspricht, und den Konsens der Menschenrechte. Basierend auf Chantal Mouffes Ansatz, der eine Politik des Konsens als einen der wichtigsten Gründe für die zunehmende Popularität der Rechten in Westeuropa begreift, zeigt der Beitrag, wie beide Konsense zum Aufstieg der Bewegungen gegen ‚Gender-Ideologie' beigetragen haben, befördert von sogenannten progressiven (inkl. feministischen und LSBT-)Bewegungen und Parteien. In diesem Verständnis fordern die RechtspopulistInnen eine problematische Re-Politisierung, anhand derer

Geschlecht und Geschlechterverhältnisse auf eine eher traditionell-kulturelle Wertgrundlage zurückgestellt werden.
In „Die Frauenfrage und der dünne Firnis der Demokratie in Polen nach 1989" blickt *Bozena Chołuj* auf die spezifische Konstellation in Polen nach dem Transformationsprozess und dem Machtantritt einer Koalition von Konservativen unter der Regierungspartei Prawo i Sprawiedliwość (PiS, Recht und Gerechtigkeit). Chołuj schreibt der katholischen Kirche eine zentrale Rolle bei der Re-Traditionalisierung und Politisierung der Geschlechterverhältnisse im Rahmen der Anti-Genderismus-Kampagnen in Polen zu und zeigt, wie mittels einer ideologischen Strategie der Re-Artikulation neue gesellschaftliche Anordnungsmechanismen durchgesetzt werden. Dies erfolgt vor allem durch kulturelle Praxen, die Geschlechtergruppen in ein traditionelles, heteronormatives System der Zweigeschlechtlichkeit zu einander setzen, und die über den Zugriff auf autoritäre Staatsgewalt rechtlich legitimiert werden, um die Neudefinitionen von Familie und Frauenrolle gesellschaftlich (wieder) zu verankern.

Literatur

Akkerman, Tjitske (Hg.), 2015: Gender and the Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis of Policy Agendas. In: Patterns of Prejudice. Special Issue on Gender and Populist Radical Right Politics. 49 (1-2).

Albertazzi, Daniele/**McDonnell**, Duncan, 2016: Populist in Power. London, New York.

Alm, Tobias (Hg.), 2013: Rechtspopulismus kann tödlich sein! Entwicklung und Folgen des Rechtsrucks in Skandinavien. Münster.

Arendt, Hannah, 1991: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München, Zürich.

Arendt, Hannah, 1994: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München, Zürich.

Bischoff, Joachim/**Gauthier**, Elisabeth/**Müller**, Bernhard/**Sander**, Bernhard (Hg.), 2015: Europas Rechte. Das Konzept des ‚modernisierten' Rechtspopulismus. Hamburg.

Boris, Dieter, 2016: Populismuskritik ohne Tiefgang. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. (8), 25-27.

Butler, Judith/**Laclau**, Ernesto/**Žižek**, Slavoj, 2013: Kontingenz, Hegemonie, Universalität. Aktuelle Dialoge zur Linken. Wien.

Coffé, Hilde, 2013: Gender, Class and Radical Right Voting. In: Rydgen, Jens (Hg.): Class Politics and the Radical Right. London, 138-155.

Decker, Frank, 2018: Rechtspopulismus in Europa. Ein Überblick. In: Möller, Kurt/Neuscheler, Florian (Hg.): „Wer will die hier schon haben?" Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland. Stuttgart, 131-143.

Decker, Frank/**Henningsen**, Bernd/**Jakobsen**, Kjetil (Hg.), 2015: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Baden-Baden, 59-74.

Dietze, Gabriele, 2016: Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Sylvesternacht. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. 2 (1), 177-185.

Eribon, Didier, 2016a: Wie aus Linken Rechte werden. Teil I. Der vermeidbare Aufstieg des Front National. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. (8), 55-63.

Eribon, Didier, 2016b: Rückkehr nach Reims. Berlin.

Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), 2012: Rechtspopulismus in der Europäischen Union. Stiftung Wissenschaft und Politik. Hamburg.

Foucault, Michel, 2001: In Verteidigung der Gesellschaft. Frankfurt/M.

Graf, Patricia/**Schneider**, Silke/**Wilde**, Gabriele, 2017: Geschlechterverhältnisse und die Macht des Autoritären. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 26 (1), 70-88.

Gramsci, Antonio, 1991: Gefängnishefte, Bd. 1-10. Hg. v. K. Bochmann u.a. Berlin, Hamburg.

Habermas, Jürgen, 2001: Diskursive Politik und Zivilgesellschaft. Über die Rolle der Bürger-Assoziationen in der Demokratie. In: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit. 42 (12), 356-357.

Habermas, Jürgen, 2016: Für eine demokratische Polarisierung. Wie man dem Rechtspopulismus den Boden entzieht. In: Blätter für nationale und internationale Politik. (11), 35-42.

Hall, Stuart, 2014: Eine permanente neoliberale Revolution? In: Hall, Stuart: Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5. Hamburg, 228-253.

Hark, Sabine/**Villa**, Paula-Irene (Hg.), 2015: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld.

Hartleb, Florian, 2012: Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 62 (5-6), 22-29.

Hillebrand, Ernst (Hg.), 2015: Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? Bonn.

Immerzeel, Tim/**Coffé**, Hilde/**Lippe**, Tanja van der, 2015: Explaining the Gender Gap in Radical Right Voting: A Cross-National Investigation in 12 Western European Countries. In: Comparative European Policies. 13 (2), 263-286.

Köttig, Michaela/**Bitzan**, Renate/**Petö**, Andrea (Hg.), 2017: Gender and Far Right Politics in Europa. Cham.

Kováts, Eszter/**Põim**, Maari, 2015: Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-gender Mobilization in Europe. Budapest: Foundation for European Progressive Studies and Friedrich-Ebert Foundation. Internet: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf (9.1.2018).

Lams, Lugard/**Crauwels**, Geert/**Şerban**, Henrieta Anişoara (Hg.), 2014: Totalitarian and Authoritarian Discourses. A Global and Timeless Phenomenon? Bern.

Lang, Juliane, 2015: Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 167-182.

Langenbacher, Nora/**Schellenberg**, Britta (Hg.), 2011: Europa auf dem „rechten" Weg? Berlin.

McRobbie, Angela, 2010: Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden.

Maihofer, Andrea/**Schutzbach**, Franziska, 2015: Vom Antifeminismus zum ‚Anti-Genderismus'. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 201-218.

Mayer, Nonna, 2015: The Closing of the Radical Right Gender Gap in France? In: French Politics. 13 (4), 391-414.

Meyer, Birgit, 2018: The Discreet Charm of Populism. The Role of Gender and Female Politicians in the AfD and Front National. In: Dunn, Kerry/Fischer, Jörg (Hg.): Stifled Progress: Social Work and Social Policy in the Era of Right Populism. Opladen (i.E.).

Moffitt, Benjamin, 2016: The Global Rise of Populism. Stanford.

Mouffe, Chantal, 2000: The Democratic Paradox. London, New York.

Mouffe, Chantal, 2014: Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin.

Mudde, Cas, 2007: Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge.

Mudde, Cas/**Kaltwasser**, Christóbal Rovira, 2015: Vox Populi or Vox Masculini? Populism and Gender in Northern Europe and South America. In: Patterns of Prejudice. 49 (1), 16-36.

Müller, Jan-Werner, 2016a: Schatten der Repräsentation: Der Aufstieg des Populismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. (4), 63-74.

Müller, Jan-Werner, 2016b: Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt/M.

Norocel, Cristian, 2010: Constructing Radical Right Populist Resistance: Metaphors of Heterosexist Masculinities and the Family Question in Sweden. In: Nordical Journal for Masculinity Studies (Norma). 5 (2), 169-183.

Pateman, Carole, 1988: The Sexual Contract. Stanford.

Priester, Karin, 2016: Populismus und kein Ende. Müller belebt die Debatte, aber bereichert er sie auch? Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay „Was ist Populismus?" In: Zeitschrift für Politische Theorie. 7 (2), 209-219.

Rancière, Jacques, 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt/M.

Rancière, Jacques, 2015: Die nützlichen Idioten des Front National. In: Candeias, Mario (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien. Berlin, 42-46.

Rydgen, Jens (Hg.), 2013: Class Politics and the Radical Right. London.

Sauer, Birgit, 2017: Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. In: Politische Vierteljahresschrift. 58 (1), 3-22.

Schneider, Silke/**Wilde**, Gabriele, 2012: Autokratie, Demokratie und Geschlecht: Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen. Einleitung. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 21 (1), 9-16.

Sir Peter Ustinov Institut (Hg.), 2012: Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie? Wien.

Tocqueville, Alexis de, 1985: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart.

Wilde, Gabriele, 2012: Autoritarismusforschung aus Geschlechterperspektive. Jahrestagung der Sektion Vergleichende Politikwissenschaft der DVPW, Marburg, 31.3.2012. Unveröff. Vortragsmanuskript.

Wilde, Gabriele, 2014: Der Kampf um Hegemonie. Potentiale radikaler Demokratie aus Geschlechterperspektive. In: Zeitschrift für Politische Theorie. 5 (2), 203-216.

Wilde, Gabriele, 2018: The Authoritarian as Discourse and Practice – A Feminist-Poststructural Approach. In: Wilde, Gabriele/Zimmer, Annette/Obuch, Katharina/Panreck, Christine-Isabelle (Hg.): Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybrid Regimes. Leverkusen (i.E.).

Wilde, Gabriele/**Zimmer**, Annette/**Obuch**, Katharina/**Panreck**, Christine-Isabelle (Hg.), 2018: Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybrid Regimes. Leverkusen (i.E.).

Zick, Andreas, 2016: Polarisierung und radikale Abwehr – Fragen an eine gespaltene Gesellschaft und Leitmotive politischer Bildung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn, 203-218.

Zick, Andreas/**Küpper**, Beate, 2015: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer und Dietmar Molthagen. Bonn.

Zick, Andreas/**Küpper**, Beate/**Krause**, Daniela, 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn.